

nommen und diese zwischen

fährdet, weil die Wassertiefe mehr als zwei Meter betragen würde.

Bis zu einer Wassertiefe von 50

Die Experten weisen darauf hin, dass die Möglichkeit, dass alle theoretisch denkbaren Überschwemmungsflächen zeitgleich von einem Hochwasser betroffen sind, statistisch extrem unwahrscheinlich ist. Außerdem verfügt der Oberrhein nach Einschätz-

verleihe, so Kram, nur eine Solidargemeinschaft: „Jeder, der flussabwärts wohnt, profitiert von stromaufwärts liegenden Maßnahmen. Rheinland-Pfalz und an-

bei Worms soll ein Rückhalte- raum entstehen. „Es langt nicht, die Deiche einfach immer weiter zu erhöhen. Nur durch die Solidargemeinschaft erreicht man wenigstens

brunnen übernutzt waren. Die Elbe hat am Scheitelpunkt des Hochwassers in Dresden das Dreifache der üblichen Wassermenge transportiert. Harald Müller, stellvertretender Leiter der Wiesbadener Feuerwehr, sagt: „Wenn wir das auf den Rhein übertragen, war die Elbe ein Klacks.“

# Flut schwappt in die Politik

## Diskussion in den Bundesländern

Von unserem Redaktionsmitglied Florian Giezewski

RHEIN-MAIN – Die Bilder aus den ostdeutschen Überschwemmungsgebieten haben die politische Diskussion um den Hochwasserschutz auch in Hessen und Rheinland-Pfalz kräftig angekurbelt. Den Schwarzen Peter hat dabei immer wieder Hessen: Umweltschützer und Anlieger an Mittelrhein und Niederrhein werfen dem Bundesland vor, nicht genug für den Hochwasserschutz zu tun. Dem gegenüber stellt sich Rheinland-Pfalz als Musterknabe dar: Das Land kündigt an, fast 50 Prozent mehr an Rückhalteraum zu schaffen, als in internationalen Verträgen vereinbart wurde.

Die aktuelle Hochwasserkatastrophe spült besonders einen alten politischen Dauerbrenner wieder an die Oberfläche: den seit Jahren diskutierten Großpolder bei Trebur. Hochwasserspezialisten vom Auen-Institut des World Wide Fund for Nature (WWF) fordern diesen steuerbaren Rückhalteraum seit langem. Instituts-Leiter Professor Emil Dister erinnert an eine Studie aus den 80er Jahren: Danach könnte der Polder in Trebur den Wasserstand des Rheins im Rheingau um mehr als 20 Zentimeter absenken.

### Hessen soll „umdenken“

Deshalb fordert auch der Kölner Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) von Hessen, endlich einen großen Polder einzurichten – wozu sich das Land in den 70er Jahren vertraglich verpflichtet hatte. Die Binger Oberbürgermeisterin Birgit Collin-Langen (CDU) verlangt als stellvertretende Vorsitzende der Hochwassernotgemeinschaft Rhein von Hessen „ein Umdenken“ beim Polder in Trebur.

An der hessischen Landesregierung prallen die Forderungen bisher ab. Umwelt-Staatssekretär Frank Gotthardt (CDU) verweist auf Beschlüsse des Landtags, der den Polder nicht gegen den Widerstand der Betroffenen durchsetzen will. Im übrigen würde dieser Polder bei einem Hochwasser wie derzeit an der Elbe die gefährdeten Landstriche „auch nicht retten“.

### Koalition meidet Trebur

Die CDU/FDP-Koalition im Wiesbadener Landtag will an den Polder in Trebur ebenfalls nicht heran. „Nicht gegen die Bevölkerung“ – so heißt es bei beiden Fraktionen. Allerdings sind sich die Landtagsabgeordneten Walter Arnold (CDU) und Roland von Hunnius (FDP) einig, dass die Katastrophe an der Elbe auch bei den Rhein-Anliegern zum Umdenken führen könnte. Arnold hält es für nötig, zum Thema Hochwasser „alles zu überdenken“.

Die Opposition im Wiesbadener Landtag sieht sich in ihrer Kritik an dem erst im Früh-

jahr geänderten Wassergesetz bestätigt. Es ermöglicht sowohl innerhalb von Orten als auch in neuen Baugebieten die Bebauung von Überschwemmungsflächen. Die Elbe beweise die Notwendigkeit, Überschwemmungsgebiete „von Bauten frei zu halten, sagte die Landtagsabgeordnete Ursula Hammann (Grüne). In der nächsten Woche werde man eine Änderung des Wassergesetzes beantragen und die Koalition im Landtag „zwingen, Farbe zu bekennen“. Eine Rücknahme der Bauerlaubnis für Überschwemmungsgebiete fordert auch Gerold Reichenbach (SPD).

Der Umwelt-Staatssekretär hält die Kritik am Wassergesetz nach wie vor für unbe-

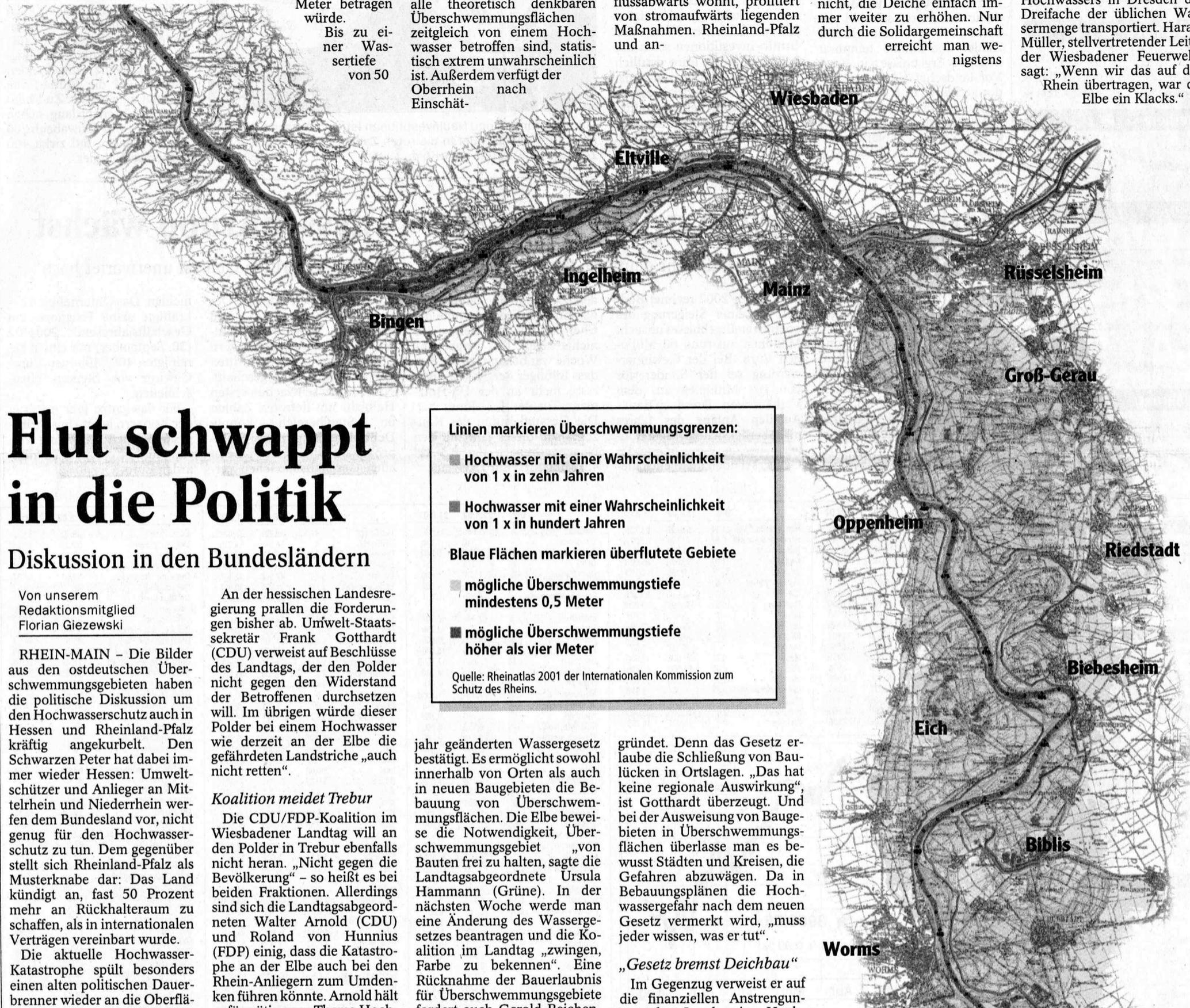
gründet. Denn das Gesetz erlaube die Schließung von Baulücken in Ortslagen. „Das hat keine regionale Auswirkung“, ist Gotthardt überzeugt. Und bei der Ausweisung von Baugebieten in Überschwemmungsflächen überlasse man es bewusst Städten und Kreisen, die Gefahren abzuwägen. Da in Bebauungsplänen die Hochwassergefahr nach dem neuen Gesetz vermerkt wird, „muss jeder wissen, was er tut“.

### „Gesetz bremst Deichbau“

Im Gegenzug verweist er auf die finanziellen Anstrengungen des Landes im Hochwasserschutz. Mit mehr als 20 Millionen Euro habe sich Hessen am Bau von Poldern am Oberrhein beteiligt, so Gotthardt. Und Anfang dieses Jahres („Vor dem Elb-Hochwasser!“) habe man ein zwölf Millionen Euro schweres Deichbau-Sofortprogramm gestartet. Derzeit laufen die Planungen, mit dem Bau soll 2003 begonnen werden. Wobei sich das Bundesnaturschutz-Gesetz als Bremse erweise, so Gotthardt. Denn bei der Deichsanierung müsse man nicht nur Vegetations-Perioden beachten, sondern den „Eingriff“ um Ausgleichsmaßnahmen ergänzen.

Hessen schütze aber nicht nur eigene Flächen durch höhere Deiche, wehrt Gotthardt Vorwürfe ab. Gleichzeitig werde die Hochwassergefahr durch Renaturierungsmaßnahmen an den Zuflüssen von Main und Rhein verringert.

Auch der Mainzer Landtag wird sich in der kommenden Woche mit Hochwasser-Ge-



Linien markieren Überschwemmungsgrenzen:

■ Hochwasser mit einer Wahrscheinlichkeit von 1 x in zehn Jahren

■ Hochwasser mit einer Wahrscheinlichkeit von 1 x in hundert Jahren

Blaue Flächen markieren überflutete Gebiete

■ mögliche Überschwemmungstiefe mindestens 0,5 Meter

■ mögliche Überschwemmungstiefe höher als vier Meter

Quelle: Rheinatlas 2001 der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins.

Worms

Die theoretisch von einem Hochwasser bedrohten Regionen sind blau markiert. Nur in absoluten Ausnahmesituationen werden sie tatsächlich alle gleichzeitig überflutet. Grafik: IKSr/Thomas Heid

fahren befassen. Die Grünen wollen in einer Aktuellen Stunde warnen: „Das Land muss alle Mittel nutzen, um Neubauten in hochwasserempfindlichen Zonen zu verhindern“, fordert der Landtagsabgeordnete Bernhard Braun (Grüne). Der Sprecher des Umweltministeriums, Torsten Kram, weist die Kritik zurück. Denn in Abflussgebieten vor Deichen dürfe nicht gebaut werden. Und hinter Deichen weise das Land bei der Genehmigung von Baugebieten auf die Hochwassergefahren und die damit verbundenen Bauauflagen hin.

Beim Polderbau werde das Land derzeit allerdings gebremst, so Kram. Denn zwei Polder bei Worms und Wörth in der Pfalz seien derzeit durch anhängige Klagen gestoppt.

Insgesamt werde Rheinland-Pfalz seine Verpflichtungen

dennoch weit mehr als erfüllen, erläutert Kram. Dann gebe es nicht nur die vertraglich vereinbarten 44 Millionen Kubikmeter, sondern sogar 63 Millionen Kubikmeter Rückhalteraum. Und von 150 Deich-Kilometern seien 60 Kilometer saniert, der Rest soll bis 2009 erledigt sein. Insgesamt wende Rheinland-Pfalz für Deichsanierung und Rückhalteflächen noch 300 Millionen Euro auf.

Damit die schleppenden Hochwasserschutzmaßnahmen am Rhein mehr Schwung bekommen, drängt der WWF jetzt auf einen Vertrag zwischen dem Bund und den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Darin sei der Hochwasserschutz von Worms bis zur holländischen Grenze festzulegen, forderte Dister gestern.